



Newsletter vom 18. Oktober 2026

Inhalt

Durch den Abbruch gescheiterter Experimente kann die Volksschule stark entlastet werden.....	2
15. Oktober 2026, Hanspeter Amstutz.....	2
Der brutale Absturz der Wohlstandsverwöhnten.....	4
NZZ, 16. Oktober 2026, Meinung & Debatte, Sebastian Briellmann.....	4
Elternabende streichen, Bürozeiten einführen? «Diese Aussage hat etwas Trotziges».....	7
Tages-Anzeiger, 6. Oktober 2026, Zürich, Nina Fargahi.....	7
Die Drohungen der Lehrerschaft sind kontraproduktiv.....	10
NZZ am Sonntag, 4. Oktober 2026, Debatte, René Donzé.....	10
Wirkungsvolle Entlastung der Klassenlehrkräfte.....	10
10. Oktober, 2026, Isabelle Mäder.....	10
Volksschule braucht Entrümpelung.....	12
Tages-Anzeiger, 8. Oktober 2026, Forum, Leserbriefe.....	12
Der Wandertag ist nicht das Problem.....	13
NZZ, 7. Oktober 2026, Meinung & Debatte, Leserbrief.....	13
Ein starker Auftritt des LVB- Präsidenten Philipp Loretz.....	14
condorcet.ch, 12. Oktober 2026, Hanspeter Amstutz.....	14
Die Kantone rebellieren gegen einen Französischzwang an den Primarschulen.....	15
NZZ, 6. Oktober 2026, Schweiz, Sebastian Briellmann.....	15
«Es dominiert die Ideologie».....	17
NZZ, 6. Oktober 2026, Schweiz, Sebastian Briellmann.....	17
Gescheitertes Frühfranzösisch.....	19
NZZ, 12. Oktober 2026, Meinung & Debatte, Leserbrief.....	19
Deutsch zuerst.....	19
«Das Rezept für die Zukunft mit KI? Entschlackt die Schulen!».....	20
NZZ am Sonntag, 4. Oktober 2026, Debatte, Leserbrief.....	20
«Selektieren», «Aussortieren» – wenn Sprache Bildungspolitik macht.....	20
NZZ am Sonntag, 4. Oktober 2026, Debatte, der externe Standpunkt von Carl Bossard.....	20
Veranstaltungshinweise.....	22
Frühförderung? Was der Kindergarten leisten soll!.....	22
Freitag, 6. November 2026, 19.00 Uhr, Starke Volksschule Zürich.....	22
Einsam oder gemeinsam? Anspruch und Wirklichkeit des selbstorganisierten Lernens.....	23
Mittwoch, 11. November 2026 , 18:30 – 20:30, Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft.....	23



Durch den Abbruch gescheiterter Experimente kann die Volksschule stark entlastet werden

15. Oktober 2026, Hanspeter Amstutz

Nach den beiden verlorenen Abstimmungen in den Kantonen Bern und Zürich über eine Aufwertung der pädagogischen Arbeit sprechen grosse Lehrerverbände von einem Scherbenhaufen. Vertreter aus den Verbandsspitzen zeigten sich enttäuscht, dass es ihnen nicht gelungen war, die Bevölkerung von der zunehmenden Belastung der Lehrpersonen zu überzeugen. In ihrer Enttäuschung sprachen sie davon, beliebte pädagogischen Angebote wie beispielsweise Klassenlager zu streichen und die Elternkontakte nach Bürozeiten zu regeln. Was nach einem Affront gegenüber der Bevölkerung aussah und empörte Reaktionen auslöste, war im Grunde genommen ein hilfloser Protest einer Lehrerschaft, die es nicht gewagt hatte, eine radikale Entrümpelung der Schule vom Ballast gescheiterter Reformen zu verlangen. Diese Unterlassung rächte sich bitter, indem im Verlauf des Abstimmungskampfs die Belastung der Klassenlehrpersonen zugunsten der Lohnfrage in den Hintergrund rückte. Damit war der Ausgang der Abstimmung so gut wie entschieden.

Kritik an den Lehrerverbänden und den Pädagogischen Hochschulen

Doch für die Pädagogik ist der klare Volksentscheid keine Katastrophe. Vielmehr haben die jüngsten Diskussionen um den Auftrag der Schule und den Stellenwert der Klassenlehrpersonen gezeigt, dass einiges im Schulbetrieb nicht mehr stimmt. Was erfahrene Lehrpersonen und schulnahe Bildungspolitiker schon länger kritisierten, verdichtet sich immer mehr. Kantonsrat Marc Bourgeois skizziert in einem aufschlussreichen Tagi-Interview, wie er mit den vorhandenen finanziellen Mitteln die Schule entlasten möchte.

Die eindrücklichsten Reaktionen kommen aber aus reformkritischen Lehrerkreisen, in denen nicht lange um den Brei herumgeredet wird. Das zögerliche Verhalten der Lehrerorganisationen gegenüber einem Abbruch gescheiterter Reformen und das Verbarrikadieren der Pädagogischen Hochschulen in ihrem Elfenbeinturm werden scharf kritisiert. Man merkt schon nach wenigen Sätzen, dass hinter den treffenden Kommentaren Lehrerinnen und Lehrer mit viel Schulerfahrung stehen.

Klares Ja zur Führungsaufgabe von Lehrkräften

In allen Texten kommt deutlich zum Ausdruck, wie prägend die Lehrerrolle für den Schulerfolg ist. Diese bleibt eine verantwortungsvolle und vielschichtige Führungsaufgabe. Sie umfasst liberale Vorstellungen vom Vertrauen in den kindlichen Lernwillen, sie übernimmt von konservativen Weltbildern einen starken Leistungswillen und sie weiss um die Bedeutung christlich-humanistischer Wertvorstellungen. Da eine innere Reform der Schule auch eine Auseinandersetzung um Menschenbilder und Erziehungsstile werden dürfte, besteht die Chance, dass sich die Bildungspolitik wieder den wesentlichen pädagogischen Fragen zuwenden und den technokratischen Machbarkeitswahn des Lehrplans begrenzen kann.

Erfüllung von Wunschvorstellungen oder Konzentration aufs Wesentliche?

Diskussionsbedarf über den Zustand der Volksschule gab es auch beim Schweizer Fernsehen. In der Sendung «Standpunkte» stritten Vertreterinnen und Vertreter in einem lebhaften Gespräch über



unterschiedliche pädagogische Ausrichtungen. Soll die Schule das individuelle Lernen mit angepassten Lernzielen für jedes einzelne Kinder ausbauen oder hat sie in erster Linie einen Leistungsauftrag für eine solide Grundbildung der grossen Mehrheit der Schüler? Von Markus Somm wurde die heutige «Wohlfühlschule» scharf kritisiert und Sekundarlehrer Philipp Loretz machte die Pädagogischen Hochschulen für ineffiziente Lernmethoden mitverantwortlich.

Die Präsidentin des ZLV betonte, dass es die heutige Gesellschaft sei, welche von den Lehrpersonen Empathie und individuelle Förderung für jedes Kind erwarte. Diesen Auftrag wolle man unbedingt erfüllen. Die Gegenseite argumentierte, dass man mit dieser Übersteigerung der Ansprüche die Schule hoffnungslos überfordere. Das Resultat dieses gescheiterten Konzepts seien stetig sinkende Leistungen in den Hauptfächern. Die Schule müsse zurück zu ihrem Kernauftrag und sich von unrealistischen Wunschprogrammen wie dem Frühfranzösisch und der Totalintegration befreien. Die Vertreterin der Pädagogischen Hochschulen jedoch zeigte sich unbelehrbar. Sie forderte weitere Analysen über den Schulzustand und liess keinerlei Bereitschaft erkennen, dass gescheiterte Reformen abubrechen seien.

Das selbstorganisierte Lernen erhält kaum einmal gute Noten

Leider konnten in der Sendung nicht alle grossen Themen angesprochen werden. Gern hätte man mehr über die Positionen der Diskussionsteilnehmer zum selbstorganisierten Lernen erfahren. Dieses aufwändige didaktische Konzept wirft zurzeit ja ziemlich hohe Wellen, da mancherorts mit viel ideologischem Eifer kostspielige SOL-Schulmodelle trotz erheblicher Bedenken eingeführt werden. Doch Leserbriefschreiber haben diese Frage längst aufgegriffen und beantwortet. Für sie liegt es auf der Hand, dass eine Klassenlehrerin weit mehr Lernerfolg hat, wenn sie ihre Klasse wie eine umsichtige Orchesterdirigentin mit fairer Strenge führt und nicht wie ein netter Coach die Schüler nur individuell begleitet.

Frühfranzösisch als gescheitertes Experiment auf dem Buckel der Schüler

Mit der Einmischung von Frau Bundesrätin Baume-Schneider in den Sprachenstreit der Primarschule ist die Diskussion ums Frühfranzösisch und das überladene Mehrsprachenkonzept wieder voll aufgeflammt. In Lehrerkreisen ist man sich weitgehend einig, dass auf dem Buckel einer Mehrheit der Primarschüler ein völlig untaugliches didaktisches Experiment durchgeführt wurde. Zwei Drittel der Schüler sind mit der Zersplitterung der Bildungsziele auf drei Sprachen hoffnungslos überfordert. Statt primär richtig Deutsch zu lernen und in einer Fremdsprache erste Erfahrungen zu sammeln, werden die Schüler mit einer Unmenge an sprachlichem Schulstoff eingedeckt. Das fördert die Freude am Sprachenlernen in keiner Weise.

Das Mehrsprachenkonzept wird zum Streitfall zwischen Bund und Kantonen

Aufwand und Ertrag beim Frühfranzösisch stimmen überhaupt nicht überein. Es braucht einen sehr hohen zeitlichen Aufwand in der Lehrerbildung, damit die Studierenden die nötige Kompetenz für einen guten Fremdsprachenunterricht erreichen. Als Folge dieses aufwändigen Bildungsprogramms fehlt die Zeit für eine gründliche Ausbildung in anderen wichtigen Fächern. Im Unterricht der Mittelstufe kommen vor allem Deutsch und die Realienfächer zu kurz, was sich leistungsmässig spürbar auswirkt.



Die ernüchternde Bilanz des frühen Mehrsprachenunterrichts spiegelt sich in sehr kritischen Presseberichten und deutlichen Kommentaren. Gar kein Verständnis findet das absurde Argument von der staatspolitischen Bedeutung des Frühfranzösisch für den Zusammenhalt der Schweiz. Wäre es der Politik ernst mit dieser Sorge, müsste man vielmehr das ungenügende Basiswissen unserer Schulabgänger in moderner Schweizer Geschichte kritisieren. Übereinstimmend wird festgestellt, dass beim Frühfranzösisch dringender Handlungsbedarf besteht und die Kantone diese Frage ohne Einmischung des Bundes selber regeln müssten. Man darf gespannt sein auf die im November erwarteten Resultate der bundesrätlichen Vernehmlassung zum Mehrsprachenkonzept.

Ein Aufruf für eine faire Streitkultur und ein wichtiger Veranstaltungshinweis

Bei allem streitbaren Einsatz für eine gute Volksschule erinnert Carl Bossard in seinem Beitrag über den politischen Sprachstil, dass manche Wörter einen stark wertenden Gehalt besitzen. Der Autor mahnt zu Recht, dass mit einer missbrauchten Macht der Sprache ein fairer politischer Diskurs blockiert werden kann. So sind Begriffe wie «Aussortieren» oder «Selektieren» keine neutralen Etiketten, die man Wörtern anhängt, um einen Abteilungswechsel in der Sekundarschule zu beschreiben. Carl Bossards Text ist ein Aufruf für eine faire politische Streitkultur und enthält letztlich eine sehr versöhnliche Botschaft.

Zum Schluss möchten wir Sie noch auf unsere Veranstaltung in Zürich zum Thema Frühförderung im Kindergarten aufmerksam machen. Eine erfahrene Kindergärtnerin berichtet von ihren Erfahrungen und Einsichten zu dieser herausfordernden Aufgabe. Wie immer ist nach dem Referat Gelegenheit für offene Diskussionen. Es freut uns sehr, wenn Sie den 6. November bereits in Ihrer Agenda eintragen.

Der brutale Absturz der Wohlstandsverwöhnten

NZZ, 16. Oktober 2026, Meinung & Debatte, Sebastian Briellmann

Noch nie hatte die Schweiz so schlechte Schüler. Leistungsfeindlichkeit und fehlgeleitete Migration befeuern den intellektuellen Niedergang. Von Sebastian Briellmann

Die Schweizer Selbstbetrachtung nach der Veröffentlichung der Pisa-Studienergebnisse wirkt für ein Land, das sich für seine Bescheidenheit rühmt, fast schon unwirklich selbstherrlich. Im September teilte die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren zufrieden mit, dass die Jugendlichen «erneut gut bis sehr gut» abgeschnitten hätten; dass sie in Mathematik, Lesen und Naturwissenschaften «signifikant über dem OECD-Durchschnitt» lägen; dass die Schweiz «weiterhin» zu den «leistungsstärksten Ländern» gehöre. Dass die Pisa-Untersuchung schon ein paar unerfreuliche Wahrheiten kenntlich machte, wurde zwar nicht verschwiegen, aber doch eher in einer Fussnote abgehandelt.

Auch in den Medien hielt sich die Aufregung in eng abgesteckten Grenzen. Ja, die Schüler läsen und rechneten schlechter, wirklich zufriedenstellend sei das nicht. Aber alles halb so wild, im Ausland sei es ja noch viel ärger. Unter den Blinden ist selbst der Einäugige ein König.



Das war alles an Erkenntnisgewinn. Nach wenigen Tagen war das Thema abgearbeitet. Und drehten sich die Diskussionen wieder um die angeblich wichtigste schulische Streitfrage: Gefährdet ein späterer Beginn des Französischunterrichts nicht den nationalen Zusammenhalt? Das ist Unsinn. Aber ein dankbarer Nebenschauplatz. So muss man sich nicht mit den tatsächlichen Gegebenheiten auseinandersetzen.

Der fatale Irrglaube

Ein wenig mehr Verwunderung wäre durchaus angebracht. Die Schweiz hat in der Pisa-Studie das schlechteste Resultat überhaupt erzielt. Sogar noch schlechter als im Jahr 2000. Der Unterschied: Damals war von einem Pisa-Schock die Rede. Die Politik reagierte mit einem grossen Massnahmenkatalog. Die Resultate der Schüler wurden anschliessend besser. Bis heute wird die Aufarbeitung des Pisa-Schocks darum als Erfolgsgeschichte verklärt. Die Überzeugung, dass politische Massnahmen gewirkt hätten, ist allerdings der fatalste Irrglaube. Die besseren Leistungen waren vor allem dank spezifischer Migration möglich. Mit dem Personenfreizügigkeitsabkommen kamen viel mehr gut ausgebildete Ausländer ins Land – und ihre Kinder sorgten für bessere Pisa-Resultate. Zuvor schnitten Ausländer deutlich schlechter ab als Schweizer, wie der Bildungsökonom Stefan Wolter in seiner Forschung präzise dargelegt hat.

Der Selbstbetrug wirkt nach. Da die Leistungen der Schweizer in diesem Jahrtausend – knapp! – konstant geblieben sind, verschleiert die Migration von Gutmusikanten an der Spitze, was die Zuwanderung von (immer mehr) Schlechtqualifizierten insgesamt bewirkt.

Das schlechteste Viertel der Schüler schneidet miserabel ab – und zieht das Gesamtergebnis nach unten. Gemäss Pisa-Bericht sind unter ihnen viele Schüler mit Migrationshintergrund aus «sozio-ökonomisch schwachen Familien». Was nicht überrascht, da diese daheim oftmals keine Landessprache sprechen. Sie starten ihre schulische Laufbahn mit einem gewichtigen Nachteil, der sich kaum korrigieren lässt. Kinder, die fremdsprachig in den Kindergarten eintreten, haben im Schnitt tiefere Bildungsabschlüsse. Das wirkt sich bei Pisa brutal aus: Nur noch 65 Prozent erreichen in Mathematik, den Naturwissenschaften und im Lesen das «Mindestkompetenzniveau». Diese technokratischen Begrifflichkeiten verhüllen geschickt, was das konkret bedeutet.

Ein Beispiel aus dem Lesebereich: «Obwohl es am Morgen stark regnete, nahm Anna keinen Regenschirm mit, weil der Wetterbericht für den Nachmittag Sonnenschein angekündigt hatte.» Wer die «Mindestkompetenzen» erreichen will, muss beantworten, warum Anna keinen Regenschirm mitgenommen hat («Wetterbericht»). Fast ein Drittel der 15-Jährigen kann das nicht. Das ist für ein Land, das zu den reichsten der Welt gehört, peinlich. Umso mehr, wenn berücksichtigt wird, dass die Bildungsausgaben in den vergangenen 25 Jahren um 69 Prozent angestiegen sind, wie der Think-Tank Avenir Suisse berechnet hat. Akzeptabel kann dieser blamable Zustand nur für Unterstützer einer ungebremsten Zuwanderung sein – und für Bildungspolitiker, die unangenehme Wahrheiten fürchten.

Die Folgen sind schwerwiegend. Im neusten Schweizer Bildungsbericht zeigt sich, dass die Schüler in nur etwas mehr als einer Dekade – zwischen 2012 und 2025 – im Durchschnitt 39 Punkte im Lesen und 32 Punkte in Mathematik eingebüsst haben. Das entspricht mehr als einem ganzen Schuljahr, das de facto verlorengeht.



Der schweizerische Befund korreliert mit den Pisa-Ergebnissen. Und befeuert die Diskussion, ob die Schweiz bei der Einwanderung das richtige Verhältnis hat. Bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund scheitert in Mathematik fast jeder Dritte, im Lesen mehr als jeder Dritte. Wer der zweiten Einwanderungsgeneration angehört, schneidet nur wenig besser ab als jene aus der ersten Generation. Wer zu Hause keine Landessprache spricht, scheitert in knapp der Hälfte der Fälle an den Mindestkompetenzen. Betrachtet man in der Pisa-Studie nur Schweizer, wäre der Schnitt etwa 30 Punkte höher. So gut war man vor einem Vierteljahrhundert. Das löste den Pisa-Schock aus. Jeder Fünfte scheiterte damals an simpelsten Aufgaben. Heute sind es über 30 Prozent.

Keine Ausreden mehr

Die Schweiz redet sich allerdings weiterhin ein, dass der Status quo akzeptabel sei. Vielleicht lohnte sich da ein Blick nach Deutschland, über das man ja gerne die Nase rümpft (weil bei uns alles besser läuft). Das mag im Bildungsbereich faktisch richtig sein. Aber das Nachbarland ist nun wenigstens aufgewacht. Die Debatte nach der Veröffentlichung der Pisa-Resultate war der dramatischen Lage angemessen. Die Medien machten den neuerlichen Schock zum grossen Thema. Sogar linksliberale Medien wie die «Zeit» suchten keine Ausreden mehr: «Deutsche Schüler schneiden in der Pisa-Studie schlechter ab denn je.»

Und sie suchen Antworten von Bildungsexperten, die sich nicht hinter leeren Worthülsen verstecken. Andreas Schleicher, der die Pisa-Studie für die OECD koordiniert, sagte beispielsweise: «Die Bereitschaft der Gesellschaft, Leistung einzufordern, ist gesunken.» Zu viele Schüler erhielten die Rückmeldung: «Prima, hast du gut gemacht – obwohl die Pisa-Leistungen dem nicht entsprechen.»

Gerade Schüler mit Migrationshintergrund werden häufiger geschont. In einer Übersichtsstudie aus dem vergangenen Jahr kam sogar das Deutsche Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung, das sonst gerne auf den deutschen Rassismus hinweist, zu dem Befund: Migranten würden sogar bevorzugt (und nicht, wie gerne behauptet wird, systematisch benachteiligt).

Dieser Paternalismus grassiert auch in der Schweiz seit einem Vierteljahrhundert. Mit verheerendem Ergebnis. Die Gutmenschen-Attitüde schadet allen Schülern – egal, mit welchem Hintergrund. Darüber wird nicht gerne gesprochen. Wenn überhaupt, werden Ausflüchte gesucht. Die am häufigsten genannte: Social Media lenkten zu sehr ab. Eine OECD-Untersuchung hat jedoch ergeben: Soziale Netzwerke sind höchstens für 20 Prozent des beispiellosen Niedergangs verantwortlich. Auch KI spielt eine Rolle. Aber Smartphones und künstliche Intelligenz gibt es auch in Estland, das im Pisa-Test besonders gut abschnitt.

Der Verdacht, wo die anderen 80 Prozent sind, liegt nahe. Die Schulen scheinen verloren in ihrem Wahn, dass jedes Kind gleich sei. Gleich motiviert, gleich talentiert, gleich fleissig. Das Klassenzimmer als Garten Eden. Das ist der grosse Irrtum der integrativen Schule. An dieser Utopie verzweifelt festhaltend, wurde das Niveau nach unten nivelliert. Es wird kaum mehr frontal unterrichtet, weniger korrigiert, kaum mehr geübt. Der Lehrer ist keine Autoritätsperson, er ist ein Coach, der die Schüler motivieren soll.



Game Boy statt Goethe

Für jedes Kind wird ein Sondersetting ermöglicht, am besten gleich noch ein Nachteilsausgleich. Noten gelten als reaktionäres Element von Ewiggestrigen. Gleichzeitig traut man jedem «Resilienz» zu und setzt deswegen auf selbstorientiertes Lernen. Schüler, fleissige wie faule, lachen nur darüber – und nennen diese Form der Unterrichtsbewältigung: Schule ohne Lehrer. Leistungsfeindlichkeit bringt ein System zwangsläufig zum Scheitern. Selbst wenn kleinlaut einmal eingestanden wird, dass das Niveau sinke, hört man aus der Bildungslandschaft verbrämt: Die schulischen Defizite würden mit anderen, modernen Fähigkeiten kompensiert. Digital mache man den Schülern also nichts vor! Gut am Game Boy statt galant mit Goethe. Die neue Speerspitze einer wohlstandsverwöhnten Gesellschaft.

In der Schweiz hätte man – anders als in Deutschland, wo die Verheerungen noch ausgeprägter sind – noch ein bisschen mehr Zeit, die Fehler zu korrigieren. Dafür müsste man sich jedoch aus der Komfortzone wagen. Die Schule ist zu wichtig – gesellschaftlich und wirtschaftlich –, um sie weiterhin den realitätsfremden Bürokraten zu überlassen. Ihre Rezepte haben den Wirklichkeits-TÜV nicht bestanden.

Anzeichen gibt es aus der Politik, in der die Bürgerlichen endlich aufbegehren. Sie wollen die grössten Fehler ausmerzen – und die integrative Schule so anpassen, dass sie nicht mehr leistungsfeindlich wirkt. Das ist ein zarter Beginn. Die Hegemonie der Bildungselite ist aber längst noch nicht beendet.

Elternabende streichen, Bürozeiten einführen? «Diese Aussage hat etwas Trotziges»

Tages-Anzeiger, 6. Oktober 2026, Zürich, Nina Fargahi

Nach dem Nein Der Zürcher Lehrpersonenverband droht als Folge der Abstimmung mit Konsequenzen beim Angebot. FDP-Bildungspolitiker Marc Bourgeois warnt vor einer «Strafaktion gegen Kinder und Eltern».

Herr Bourgeois, Lehrpersonen prüfen nach der Abstimmung im Kanton Zürich diverse Abstriche beim Angebot. Sie wollen etwa Ausflüge, Lager und Elternabende streichen.

Das ist keine geschickte Reaktion des Lehrpersonalverbands. Es wirkt wie eine symbolische Strafaktion gegen Kinder und Eltern. Eine, die zudem kaum etwas bringt. Denn die Gründe für die Überlastung liegen anderswo.

Wo denn?

Die Schule ist zu kompliziert geworden. Man will immer mehr Ziele erreichen - pädagogische und gesellschaftliche. Und am Schluss beherrschen die Kinder nicht mal die Grundkompetenzen, und



die Lehrpersonen brennen aus. So hat etwa die integrative Schule dazu geführt, dass immer mehr Fachpersonen mitreden.

Was meinen Sie damit?

Ein Beispiel: Heilpädagogen oder Schulsozialarbeiter können Lehrpersonen entlasten, gleichzeitig entstehen aber neue Schnittstellen. Und es herrscht im Schulzimmer ein Kommen und Gehen von Förderlehrpersonen und von Kindern mit verschiedensten Defiziten. Je mehr Personen für ein Kind verantwortlich sind, desto mehr Koordination und Kommunikation braucht es. Trotzdem hat der Lehrpersonalverband - nicht unbedingt die Lehrpersonen - diese Integration durch alle Böden verteidigt.

Warum soll mehr Unterstützung zu mehr Belastung führen?

Es erhöht den «Mental Load» der Klassenlehrpersonen. Dazu kommt die Bürokratie: mehr Dokumentationspflichten, mehr Abklärungen, mehr Formulare, mehr Ämtli. Gerade in diesen Bereichen müssten Lehrpersonen entlastet werden. Heute gibt es Lehrpersonen, Zivildienstleistende, Klassenassistenzen, Heilpädagoginnen und mehr - und man muss sich fragen, wer eigentlich welche Aufgaben übernehmen soll. Nicht alles muss bei den Klassenlehrpersonen landen. Sie sollen sich auf den Unterricht konzentrieren können.

Sie finden Abklärungen unnötig?

Ich finde das enorme Wachstum in diesem Bereich unnötig. Die Kinder sind nicht schlechter als früher. Aber ein grosser Teil der Abklärungen wird nur gemacht, um zusätzliche Ressourcen zu erhalten. Das führt zu einem Kreislauf: Wer mehr Unterstützung will, muss sie entsprechend dokumentieren und begründen.

Ist es nicht in jedem grösseren Unternehmen normal, dass Koordinationsbedarf und Absprachen notwendig sind?

Unternehmen versuchen, die Anzahl an erforderlichem Personal tief zu halten und Schnittstellen zu reduzieren. Die Volksschule macht genau das Gegenteil. Daran sind nicht die Lehrpersonen schuld, es ist ein systemisches Problem.

Sie fordern auch eine härtere Gangart gegenüber den Eltern. Was heisst das konkret?

Die Schule hat einen Auftrag, und Eltern können nicht bei jedem Detail des Schulalltags und des Unterrichts mitreden. Wenn Eltern Druck machen, müssen sich Schulleitungen, Schulbehörden und das Volksschulamt klar hinter ihre Mitarbeitenden stellen, wie das gute Chefs machen. Leider herrscht oftmals eine Angstkultur statt einer Verbesserungskultur. Fehler passieren überall, daran kann man wachsen.

Warum mischen sich Eltern heute stärker in die Schule ein?

Man hat heute weniger Kinder als früher, dadurch werden Kinder oft zu Projekten. Das ist gut gemeint, hilft ihnen aber nicht. Sie lernen mit Misserfolgen, nicht mit herbeigebogenen Erfolgen. Gleichzeitig haben aber auch die Schulen ihr Angebot für Eltern ausgeweitet. Schultheater, Aufführungen, Projekte, Veranstaltungen... Eltern, die nicht hingehen, haben ein schlechtes Gewissen. Dabei denken sich wohl einige: «Oh nein, wieder ein Termin mehr.» Die Schule soll Kinder bilden, nicht Eltern beglücken.



Dann wäre es aber nicht schlimm, zum Beispiel Ausflüge zu streichen? Das sind ja auch Zusatzprogramme.

Das sind Zusatzprogramme für Kinder, nicht für Eltern. Ein vollständiger Verzicht wäre schade. Aber wieso nicht weniger aufwendig geplante Ausflüge, dafür einmal mehr spontan in die Badi oder in den Wald, wenn es im Schulzimmer zu heiss ist? Ein Verzicht auf Ausflüge löst die grundlegenden Probleme aber nicht. Wie etwa die Zusammensetzung der Klassen.

Die Zusammensetzung der Klassen trägt zur Belastung der Lehrpersonen bei?

Unterricht im Klassenverband erfordert ein gewisses Mass an Homogenität bei den Kindern. Stark verhaltensauffällige Kinder absorbieren die Energie der Lehrperson - und die Aufmerksamkeit der übrigen Kinder. Auch kommen zu viele Kinder mit minimalen Deutschkenntnissen in Regelklassen. Sie erhalten dann zwar DaZ-Unterricht, also Deutsch als Zweitsprache, aber leider oft während des regulären Unterrichts. Damit verpassen ausgerechnet benachteiligte Kinder einen Teil des Unterrichts. Wieso werden DaZ-Lehrpersonen nicht nach Unterrichtsschluss eingesetzt? Das wäre wieder ein «Kommen und Gehen» weniger.

Also keine Bürozeiten für alle Lehrpersonen, wie es etwa Daniel Kachel vom Lehrpersonenverband vorschlägt?

Diese Aussage hat etwas Trotziges. Ich glaube kaum, dass sich Lehrpersonen freuen würden, wenn sie 47 Wochen im Jahr von 7.30 Uhr bis 17 Uhr zwingend im Schulhaus anwesend sein müssten. Der Lehrpersonenberuf bringt viele Freiheiten - im Gegenzug muss man dann halt auch mal am Wochenende eine Prüfung korrigieren. Das kommt letztlich auch Personen mit Betreuungspflichten entgegen.

Um die Schnittstellen zu reduzieren, fordern Sie auch Mindestpensen bei den Lehrpersonen. Warum?

Kleinstpensen sind ineffizient, weil ja Teamsitzungen, Weiterbildungen und Mitarbeiterbeurteilungen trotzdem anfallen. Und: Je tiefer die Pensen, desto mehr Koordination braucht es. Wenn mehrere Lehrpersonen gemeinsam ein Pensum abdecken, müssen sie sich laufend absprechen. Je höher die Pensen, desto weniger Schnittstellen gibt es. Die Zürcher FDP fordert deshalb ein Mindestpensum von «in der Regel» 50 Prozent.

Das dürfte das Problem allerdings auch nicht lösen.

Für sich allein nicht, denn es gibt nicht «die» Lösung. Aber es trägt zur Lösung bei und veranlasst vielleicht auch einen Kulturwandel. Teilzeitarbeit ist in der Volksschule zur Normalität geworden. Aufgrund der Lehrpersonenknappheit kann man es sich leisten, gerade etwa so viel zu arbeiten, wie man möchte. Im Schnitt arbeiten Lehrpersonen weniger als 70 Prozent, und die Vollzeitangestellten muss man mit der Lupe suchen.

Gönnen Sie den Lehrkräften einen höheren Lohn nicht? Sie wollen auch den automatischen Stufenanstieg beim Lohn der Lehrpersonen überprüfen.

Der Lehrberuf ist ein Massenberuf mit wenig internen Karriereoptionen, weshalb es schon einheitliche Richtlinien und Lohnperspektiven braucht. Aber ist der automatische Stufen- beziehungsweise Lohnanstieg noch zeitgemäss? In anderen Branchen wird das lohnmassige Fortkommen stärker von der Leistung abhängig gemacht. Nur ist es als Schulleitung einfacher, fast allen gute Noten zu erteilen.



len. Nicht umsonst hat die UBS einst festgelegt, dass in grösseren Abteilungen nur ein bestimmter Anteil hohe Leistungsbewertungen erhält. Es sind nie alles Überflieger.

Wie würde ein alternatives Modell aussehen?

Wieso nicht den Lernfortschritt von Klassen systematisch messen und dosiert einfließen lassen? Ohnehin plädiere ich für eine steilere Lohnkurve, ohne die Gesamtlohnsumme anzutasten. Heute ist der Einstiegslohn relativ hoch, aber die Lohnentwicklung danach überschaubar. Das kann dazu führen, dass der Beruf mit zunehmendem Alter unattraktiver wird.

Die Drohungen der Lehrerschaft sind kontraproduktiv

NZZ am Sonntag, 4. Oktober 2026, Debatte, René Donzé

Dass die Zürcher Lehrerschaft nach dem wuchtigen Nein vom letzten Sonntag zum neuen Berufsauftrag frustriert ist, ist verständlich: Wer hätte nicht gerne mehr Zeit oder Geld für seine Arbeit? Dass einige ihrer Exponenten ihrem Ärger nun Luft machen, indem sie mit dem Abbau von Ausflügen oder mit Elternarbeit drohen, wirkt hingegen unreif. Solche Reaktionen treffen ihre potenziell engsten Verbündeten: Kinder und Eltern, denen eine gute Schule am Herzen liegt. Und sie torpedieren das wichtigste pädagogische Gut, die Beziehungsarbeit.

Die Reaktion der Lehrervertreter deutet auf ein Gefühl der Ohnmacht gegenüber einer politischen und gesellschaftlichen Entwicklung, die den Schulen immer mehr Aufgaben aufbürdet. Mangelnde Selbstwirksamkeit nennt sich das. Diese kann sich in destruktivem Verhalten entladen. Um ihre Selbstwirksamkeit wiederzuerlangen, sollten sich die Lehrer und ihre Gewerkschaft auf den Kampf gegen die wirklichen Probleme konzentrieren: Kleinstpensen, Koordination, Integration, Administration. Alles andere ist kontraproduktiv. Und es schadet ihrem Image.

Wirkungsvolle Entlastung der Klassenlehrkräfte

10. Oktober, 2026, Isabelle Mäder

Die kantonale Abstimmung über die Aufstockung des Schulbudgets auf über 80 Millionen Franken hat gezeigt, dass unsere Stimmbevölkerung nicht bereit ist, die Ausgaben für die Personalkosten zu erhöhen. Zu Recht, denn das Problem liegt anderswo. Wir haben heute schon zu viele Lehrkräfte, die für eine Klasse zuständig sind. Oft sind es bis zu vier teuer bezahlte Personen, die während einer einzigen Lektion im Klassenzimmer anwesend sind: die Heilpädagogin, die Klassenassistentin, die Klassenlehrperson und allenfalls noch eine Seniorin als Lernbegleiterin. Die DAZ-Lehrerin im Nebenzimmer könnte man auch noch dazuzählen.

Warum scheint es heute in vielen Klassen nicht mehr möglich zu sein, dass eine Klassenlehrerin allein für einen konzentrierten Schulbetrieb sorgt? Die Antwort wird niemanden überraschen, der



Einblicke in neue Strömungen der Pädagogik hat. Die Kinder sollen ja möglichst vieles spielerisch lernen und es soll möglichst nur Spass machen. Selbstorganisiertes Lernen (SOL) ist angesagt und gilt als grosser Fortschritt. Doch dabei geht viel Zeit für Diskurse und die komplizierte Schulorganisation zur Erfüllung all der individuellen Wünsche der Kinder verloren. Der Lernerfolg ist bescheiden, denn vieles bleibt an der Oberfläche und geht rasch wieder vergessen. Es fehlt das gründliche Üben unter Führung einer aufmerksamen Lehrerin und das verdiente Lob im richtigen Moment. Schule wird so nicht besser, sondern unproduktiver und beziehungsärmer.

Nach dem PISA-Debakel fragte sich eine Mehrheit der Stimmbürger: Wo bleibt der Output von so viel Investitionen in die Volksschulbildung? Die Aufwendungen für die Schule sind gewaltig gestiegen, ohne dass sich mehr Erfolg eingestellt hätte. Schafft es unsere Schule nicht mehr, die Kinder mit dem nötigen Rucksack für eine erfolgreiche Berufsbildung und für weiterführende Schulen auszurüsten? Diese denkende Mehrheit hat erkannt, dass die Schule nicht weiteres Geld, sondern eine innere Reform mit einer Rückkehr zu bewährten Lehrformen braucht.

Eine Klasse benötigt eine umsichtige Führungsperson, die weiss, was sie will. Sie ist erfüllt von ihrem pädagogischen Auftrag und begeistert ihre Schüler für das, was es zu lernen gilt. Eine Klasse soll erleben, wie spannend Mathematik sein kann und welchen Reichtum die deutsche Sprache bietet. Lehrer mit Begeisterung für den Schulstoff und didaktischem Geschick sind Vorbilder für erfolgreiches Lernen. Sie sind als lebendiges Gegenüber Menschen mit Ecken und Kanten, mit denen sich die Schüler positiv auseinandersetzen können. Lehrer mit pädagogisch geschultem Auge erkennen, wo Schüler Hilfe brauchen und wo eine Ermutigung einer unsicheren Schülerin den Rücken stärkt. Ein digitalisierter Primarschulunterricht hingegen wird diese unverzichtbaren pädagogischen Leistungen nie erbringen können.

Damit das Erlernen der zentralen Kulturtechniken im Deutsch und in der Mathematik wieder besser gelingt, muss die Volksschule ihren Lehrplan gründlich entrümpeln. Schule braucht Zeit fürs Wesentliche, denn ohne Üben und konzentriertes Lernen geht es nicht. Das aufbauende Repetieren des Basislehrstoffs ist eine Voraussetzung, damit sich bei den Schülern das Wissen festigt. Erfolgreiches Lernen ist mit Anstrengung verbunden, das gilt Schüler wie für Lehrer. Aber wo dies täglich gelebt wird, stellt sich auch die Leistungsfreude ein.

Lehrkräfte sollen sich in erster Linie auf ihre Hauptaufgabe des Unterrichtens konzentrieren können. Deshalb gilt es, den ganzen administrativen Kram mit unnötigen Berichten, den umtriebigen Projekten und den zeitraubenden Absprachen mit den (zu) vielen Fachkräften drastisch zu reduzieren. Von den Schulleitungen darf erwartet werden, dass sie sich künftig genauer überlegen, was wirklich der Förderung eines guten Unterrichts dient und wo mit unnötigen Aktivitäten eindeutig übers Ziel hinausgeschossen wird. Unsere Stimmbevölkerung hat dies klar erkannt und wünscht, dass nun die richtigen Schritte zur Entlastung der Klassenlehrkräfte vorgenommen werden.



Volksschule braucht Entrümpelung

Tages-Anzeiger, 8. Oktober 2026, Forum, Leserbriefe

«Tages-Anzeiger» vom 6.10. «Elternabende streichen, Bürozeiten einführen? Diese Aussage hat etwas Trotziges»

Marc Bourgeois trifft ins Schwarze. Unsere Volksschule leidet nicht an zu wenig Engagement, sondern an einem System, das sich heillos überladen hat. Integration, Förderkonzepte, Abklärungen, Dokumentationen, Evaluationen, Projekte und immer neue Fachstellen: Alles wird eingeführt, kaum je etwas abgeschafft. Die Klassenlehrperson wird zur Koordinatorin eines pädagogischen Grossbetriebs. Für ihre Kernaufgabe, guten Unterricht, bleibt immer weniger Kraft. Auch Schulleitungen müssen sich Fragen gefallen lassen. Führung heisst nicht, jede pädagogische Mode ins Schulhaus zu tragen: noch ein Konzept, noch eine Weiterbildung, noch ein Projekt. Gute Führung müsste Lehrpersonen vor diesem Aktionismus schützen. Und auch die Elternmitsprache braucht Grenzen. Zusammenarbeit ist wichtig, aber Schule ist keine Dienstleistung auf Bestellung. Nicht jede Note, jede Massnahme und jede pädagogische Entscheidung kann zur Verhandlungssache werden. Wer Lehrpersonen Verantwortung überträgt, muss ihnen auch Autorität zugestehen. Gerade hier müssten Schulleitungen Rückgrat zeigen, statt jedem elterlichen Druck nachzugeben oder sie in jedes Projekt einzubeziehen. Nun aus Trotz Lager, Ausflüge oder Elternabende zu streichen, trifft die Falschen. Die Volksschule braucht keine nächste Reform, sondern eine Entrümpelung: weniger Bürokratie, weniger Schnittstellen, weniger Aktionismus und klare Verantwortlichkeiten. Die Schule muss aufhören, es allen recht machen zu wollen. Ihr Auftrag ist nicht, Erwachsene zufriedenzustellen, sondern Kinder zu bilden.

Cäcilia Gmür, Einsiedeln

Mit der Volksschule verhält es sich so wie mit dem Kuchenbacken. Die für den Teig unbedingt nötigen Zutaten entsprechen im Unterricht dem soliden Vermitteln der Grundfertigkeiten Lesen, Schreiben und Rechnen. Alles andere ist Garnitur. Diese ist jedoch in ihrer Ausgestaltung und je nach Menge unterschiedlich bekömmlich. Bildungspolitiker Marc Bourgeois sieht deshalb die von der Spitze des Zürcher Lehrerverbandes angedrohten Kürzungen der bei den Klassenlagern und Schulausflügen kritisch. Seiner Haltung ist zuzustimmen, denn da wird mit Zutaten am falschen Ort gespart. Wirksame Entlastungslösungen für die an allen Fronten massiv herausgeforderten Pädagogen liegen ganz woanders. Rezepte dafür gibt es: Förderklassen für verhaltensauffällige Schüler schaffen, Eltern das Mitspracherecht auf den gesetzlichen Rahmen beschränken, möglichst hohe Pensum der Lehrkräfte anstreben und nicht Klein- und Kleinstpensum als Normalität akzeptieren. Bourgeois sagt aber auch, dass es «die» Lösung schlicht nicht gibt. Die Kunst des Confiseurs besteht darin, mit einer passenden und ansprechenden Garnitur dem Kuchen ein möglichst attraktives Aussehen zu verleihen. Davon sollten sich alle ein gehöriges Stück abschneiden.

Max Knöpfel, Pfäffikon



Der Wandertag ist nicht das Problem

NZZ, 7. Oktober 2026, Meinung & Debatte, Leserbrief

Elterngespräche mit Eieruhr, gestrichene Klassenlager, an Eltern abgeschobene Ausflüge: So sieht offenbar moderne Entlastung aus («Nach der verlorenen Abstimmung greifen Lehrer ausgerechnet die Eltern an», NZZ 3. 10. 26). Als wären Kinder und Wandertage das Problem und nicht die Bürokratie, die den Lehrpersonen die Zeit zum Unterrichten stiehlt.

Die Hauptlast tragen die Klassenlehrpersonen: Sie unterrichten, koordinieren, schlichten und halten das Gefüge zusammen. Sie sind das Fundament der Schule, und genau dort braucht es echte Entlastung. Es wäre höchste Zeit, die Betroffenen selbst zu fragen, statt Verbandsfunktionäre für die Stimme der Basis zu halten. Was die Lehrerschaft braucht, sind keine Verordnungen zur Selbstfürsorge, sondern schlicht Gehör und Zeit fürs Unterrichten.

Auch die Zerstückelung in Teilzeitpensen produziert immer neue Absprachen. Die letzte Verantwortung bleibt trotzdem bei der Klassenlehrperson hängen. Eine Mehrbelastung, die das System mit bemerkenswerter Selbstverständlichkeit hinnimmt.

Auch Schulleitungen stehen in der Pflicht. Wer auf Hilferufe reflexartig mit «kantonalen Vorgaben» pariert, verwechselt Führung mit Vollzug. Schulleitungen dürfen keine Durchlauferhitzer für bürokratischen Eifer sein. Ihre Aufgabe ist es, unsinnige Zumutungen abzufedern, statt sie ungeprüft in die Klassenzimmer weiterzureichen. Wer Lehrkräfte mit administrativem Leerlauf eindeckt, vergrössert den Apparat, schafft aber keinen Mehrwert.

Wenn schon gestrichen wird, dann beim Papierkram, nicht beim Proviant. Den Wandertag als Belastung zu opfern, ist eine Posse: als ob ein Cervelat am Lagerfeuer mehr Kraft kostete als exzessive Sitzungen und die x-te Qualitätsoffensive. Darum: Wurst behalten, Bürokratie opfern. Der Cervelat macht satt, verzichtet auf Evaluationen und ist nach zwanzig Minuten Geschichte. Davon kann manche Schulkonferenz nur träumen.

Cäcilia Gmür, Einsiedeln



Ein starker Auftritt des LVB- Präsidenten Philipp Loretz

condorcet.ch, 12. Oktober 2026, Hanspeter Amstutz

Die Zusammensetzung der Gesprächsrunde und ein Moderator mit pädagogischer Bodenhaftung sorgten dafür, dass wesentliche Fragen zum aktuellen Zustand der Volksschule zur Sprache kamen.



Überzeugt hat Philipp Loretz. Er hat nichts beschönigt und im Gegensatz zur Vertreterin der Pädagogischen Hochschulen verlangte er keine weiteren Analysen um herauszufinden, wo der Schuh drückt. Als Schulpraktiker und Präsident des Baselbieter Lehrervereins war er bestens im Bild und machte klare Vorschläge, was jetzt zu tun ist: Nur eine Frühfremdsprache, Durchforsten des überladenen Lehrplans, Neuorientierung an Bildungsinhalten statt an Kompetenzen und flexible Lösungen bei der Integrativen Schule unter Einbezug von Förderklassen. Jeder Satz von Philipp Loretz bewies, dass er wusste, was machbar war und wo man Gefahr lief, Wunschprogrammen nachzujagen.

Markus Somm hatte die Rolle des Advocatus Diaboli übernommen. Er hat sich wirklich nicht gescheut, alle faulen Stellen unseres Bildungssystems aufzudecken. Als selbst deklariertes Nicht-Fachmann (aber Vater von fünf Kindern) konnte er ziemlich hemmungslos seine Kritik anbringen. Diese schoss teils völlig übers Ziel hinaus. Doch seine klare Kernbotschaft, dass die Schule ihren Leistungsauftrag in Deutsch und Mathematik wieder ins Zentrum stellen müsse, war unüberhörbar und beeinflusste den Verlauf der Diskussion stark.

Die Präsidentin des ZLV betonte die Heterogenität der heutigen Schulklassen und den hohen Anteil von Kindern mit speziellem Förderbedarf. Die Gesellschaft erwarte, dass empathische Lehrpersonen jedes Kind auf individuellen Lernwegen bestens förderten. Diese Herausforderung wurde von Markus Somm wenig beachtet. Er kontierte mit der Feststellung, dass die vielen Spezialbehandlungen und die übertriebene Individualisierung es der Schule enorm erschwerten, ihren Auftrag zu er-



füllen. Es brauche dringend wieder bessere Resultate in den Hauptfächern, damit möglichst viele Schulabgänger gute Chancen in Berufslehren und Mittelschulen hätten.

Die ganze Diskussion verlief recht farbig. Vorstellungen über einen auf gute Betreuung und Individualisierung ausgerichteten Unterrichtsstil rieben sich mit den Zielsetzungen einer stark leistungsorientierten Schule. Manches Votum blieb zwar vage, doch es war kaum zu überhören, dass die Schule nur mit einer deutlichen Kursänderung aus ihrer aktuellen Krise herauskommen kann.

Die Kantone rebellieren gegen einen Französischzwang an den Primarschulen

NZZ, 6. Oktober 2026, Schweiz, Sebastian Briellmann

Auch die FDP und die SVP wehren sich gegen das Sprachdiktat des Bundesrats

Für Elisabeth Baume-Schneider, sozialdemokratische Bundesrätin aus dem Jura, gibt es beim Frühfranzösisch in Deutschschweizer Schulen kein Pardon. In ungewohnter Härte wandte sie sich jüngst an die Kantone: Wenn ihr den Französischunterricht aus der Primarschule verbannt, schreibt der Bundesrat ins Gesetz, dass bereits in der Primarschule eine zweite Landessprache unterrichtet werden muss.

Das war weniger Appell einer Landesmutter, die sich für die mehrsprachige Schweiz einsetzt, als vielmehr eine Drohung. Mit einer ordentlichen Dosis Pathos wollte Baume-Schneider die Stände daran erinnern, welche Bedeutung die Mehrsprachigkeit für die «Willensnation Schweiz» habe. Eine Abschaffung des Frühfranzösisch sei nicht nur ein «Affront» gegen die Romandie, sondern zielen letztlich auch auf eine Entwertung der Landessprachen und der Schweizer Kultur ab.

Im Sommer schickte der Bundesrat deshalb eine Änderung des Sprachengesetzes in die Vernehmlassung, mit der Frühfranzösisch für alle Deutschschweizer Kantone verbindlich würde. Unterbreitete den Kantonen jedoch immerhin zwei Vorschläge, wie sie sich – aus Sicht des Bundesrates zufriedenstellend – verhalten können.

Der erste: Eine zweite Landessprache wird ab der dritten Klasse unterrichtet. Englisch folgt spätestens ab der fünften. (Viele Kantone kennen dieses Modell bereits.)

Der zweite: Der Unterricht einer zweiten Landessprache muss in der Primarschule beginnen und bis zum Ende der Sekundarstufe I dauern; auf den Englischunterricht können die Primarschulen im Gegenzug verzichten.

Miserable Leistungen

Was bei diesem – als Entgegenkommen beworbenen – Angebot etwas vergessenging: Kaum jemand möchte das Französisch gänzlich aus dem Unterricht verbannen. Das Ziel einiger Kantone ist es vielmehr, den Beginn nach hinten (in die Sekundarstufe) zu verschieben. Weil aufgrund ernüchternder Leistungen erkannt wurde: Die Schüler sind oftmals überfordert, wenn sie in der dritten Klasse



mit Französisch beginnen müssen. Zudem sprechen viele daheim kein Deutsch – und sollten zuerst die Erstsprache richtig lernen, bevor sie sich mit einer weiteren beschäftigen müssen. Das Resultat des Frühfranzösischunterrichts: Die Hälfte der Schüler versteht nach der obligatorischen Schule kein einfaches Sätzlein.

Die Kritiker halten deswegen nichts davon, dem Bundesrat entgegenzukommen. Das zeigen beispielhaft die Vernehmlassungsantworten (deren Frist am Montag endete) der vier Ostschweizer Kantone, die sozusagen das Epizentrum des Widerstands verkörpern. Sie stellen sich auf den Standpunkt, dass der Bund gar nicht zuständig sei. Föderale Prinzipien würden verletzt.

Der «Sprachenstreit» liesse sich auch über das Harnos-Konkordat lösen, die Verhandlungen über die Harmonisierung seien jedoch noch nicht abgeschlossen. Kurz: Der Bundesrat greife unnötig vor. St. Gallen hält dieses Vorgehen für «problematisch». Für Thurgau ist der bundesrätliche Druck «befremdend». Aus Appenzell Ausserrhoden heisst es, bei der Vernehmlassung handle es sich um einen «überstürzten Akt, der rechtlich nicht haltbar» sei. Auch der mächtige Kanton Zürich wehrt sich gegen die Pläne des Bundesrats und möchte das Französisch in die Sekundarstufe verschieben. Im Aargau arbeitet die Regierung ebenfalls an einem Gesetz, das den späteren Beginn ermöglichen würde. Zudem lehnen die FDP und die SVP beide vorgeschlagenen Varianten ab.

Müssen Juristen entscheiden?

Mitte-links dagegen stützt den Bundesrat. Aber nicht deckungsgleich. Während beispielsweise die Grünen die striktere, erste Variante befürworten, setzen die SP und die Mitte auf den zweiten Vorschlag, der den Kantonen mehr Spielraum liesse. Letzteren trägt auch – als Kompromiss – der Schweizerische Lehrerverband mit, der aber nicht unerwähnt lässt, dass sich mancher kantonale Verband einen späteren Beginn des Französischunterrichts gewünscht hätte.

Eine rasche Lösung ist nicht abzusehen. Das liegt auch an rechtlichen Unsicherheiten. Die Schweiz kennt kein ausführliches Volksschulgesetz auf Bundesebene, die Volksschule ist Sache der Kantone. Die kantonale Konferenz der Erziehungsdirektoren setzt die Leitplanken über das Harnos-Konkordat. Das unterstreicht etwa auch ein Gutachten des Lehrernetzwerks Schweiz. Der Bundesrat ist jedoch anderer Meinung. Wenn sich die Kantone «nicht auf ein verfassungskonformes Vorgehen verständigen» könnten, namentlich eine «Harmonisierung des Schulwesens», seien Vorgaben des Bundes erforderlich. Auch das stehe sinngemäss in der Verfassung.

Es ist denkbar, dass dereinst Juristen darüber befinden müssen, welche Auslegeordnung korrekt ist. Ohnehin hat sich Elisabeth Baume-Schneider noch nicht zu den Vernehmlassungen geäussert. Sicher ist einzig: Beharrt sie auf ihrem Standpunkt und hält an einer Gesetzesänderung fest, geht das Geschäft ins Parlament – und dürfte dort für weiteren Unfrieden sorgen.



«Es dominiert die Ideologie»

NZZ, 6. Oktober 2026, Schweiz, Sebastian Briellmann

Simone Pfenninger, Professorin an der Universität Zürich, zeigte in einer Studie auf, dass Frühfranzösisch nicht funktioniert. Dafür gab es jedoch kein Lob, sondern Häme. Im Gespräch mit Sebastian Briellmann fordert sie ein Umdenken

Als Simone Pfenninger im Jahr 2016 ihre Forschungsergebnisse über den frühen Fremdsprachenunterricht veröffentlichte, geschah etwas, mit dem sie nicht gerechnet hatte: Ihr Befund wurde zwar in der Politik und der Verwaltung registriert, aber umgehend diskreditiert. Weil der Inhalt nicht passte. Pfenninger wies nach, dass der Beginn des Frühenglisch wohl besser nach hinten verschoben würde – in die Oberstufe. Nach einer hitzigen öffentlichen Diskussion kam Christoph Eymann, damals Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz, zu dem Erkenntnis, dass Pfenningers Studie «offensichtlich qualitativ nicht genügend» sei.

Eine Dekade später würde das Eymann so nicht mehr sagen, aber das Niveau der Debatte hat sich kaum verbessert. Pfenninger, heute Professorin für englische Sprachwissenschaft an der Universität Zürich, sagt: «Alle zehn Jahre führen wir denselben Streit – aber wir reden total aneinander vorbei.» Noch immer seien die Bildungspolitiker nicht bereit, den Sprachenkompromiss von 2004, «eine heilige Kuh», zu hinterfragen. Selbst wenn die Fakten klar seien.

Frau Pfenninger, warum erträgt das Schweizer Bildungswesen die Wahrheit nicht?

Weil es so viele involvierte Akteure gibt. Politiker, Lehrerinnen, Eltern, Schüler, Forscherinnen. Alle haben eine Meinung – und man hört nur noch sich selbst.

Das führt zu einer intellektuell überschaubaren Auseinandersetzung...

Natürlich, und das ist nicht nur schade, sondern auch unredlich. Oft heisst es: Wenn sich jemand kritisch zum Frühsprachenunterricht äussert, sei die Person gegen Fremdsprachen oder die nationale Kohäsion. Niemand hat sich gegen den frühen Unterricht gewehrt, er war tatsächlich eine gute Idee, die man zu Recht umsetzen wollte. Unsere Forschung zeigt nur auf, was nicht funktioniert.

Was funktioniert denn nicht?

Wir sehen in Überprüfungen des Bundes, wie gross der Handlungsbedarf bei den Sprachen ist. Im Französisch erreicht die Hälfte die Grundkompetenzen nicht. Im Englisch ist es ein bisschen besser – aber auch nicht so gut, wie man es sich zum Ziel gesetzt hat. Zusätzlich zeigen sich bei vielen Kindern auch in ihrer Erstsprache, also bei uns im Deutsch, zunehmend Schwierigkeiten. Das macht mir Sorgen. Darum setze ich mich für Anpassungen beim Frühsprachenunterricht ein.

Ihre Gegner behaupten jedoch, dass sie ihn gleich ganz hätten abschaffen wollen.

Seit zehn Jahren behaupten sie das. Und ich werde leider persönlich angegriffen, auf einer emotionalen Ebene. Dabei zeigt meine Forschung nur mögliche Lösungsansätze auf. Nicht mehr, nicht weniger. Die Resultate legen übrigens auch dar, was funktioniert. Aber darüber wird leider nur selten berichtet.

Woher rührt diese Abwehrhaltung?

Vieles wird leider instrumentalisiert. Es dominiert die Ideologie – und es besteht ein Interessenkonflikt. Sogar auf oberster Ebene. Für Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider gefährdet die Kritik



am Frühfranzösisch den nationalen Zusammenhalt. Das ist nicht das Thema. Es geht einzig darum, den richtigen Moment für den Beginn des frühen Fremdsprachenunterrichts zu finden.

Bundesrätin Baume-Schneider klingt jedoch so, als würden die Kritiker das Französisch insgesamt abschaffen wollen. Ist das also unredlich?

Das kann ich als politische Taktik akzeptieren. Aber falsch bleibt es trotzdem. Schwieriger ist es, wenn Forschungsergebnisse von offizieller Seite schlicht falsch wiedergegeben werden.

Das passiert?

Der Zürcher Regierungsrat hat in seiner offiziellen Stellungnahme, in der er für das Frühfranzösisch argumentierte, meine Forschung falsch zitiert. Das ist ärgerlich, denn solche Botschaften bekommt man nicht mehr aus der Welt. Und genau so falsch, wie wenn man behauptet, dass ich das Französisch als Schulfach habe abschaffen wollen. Das will niemand.

Wieso will Ihnen das eigentlich kaum jemand in der Bildungslandschaft glauben?

Es ist nun einmal einfacher, von einem Affront zu sprechen, als zuzugeben, dass wir eine Landessprache womöglich falsch unterrichten. Oder sich damit zu beschäftigen, dass der jahrzehntelange Glaube – je früher, desto besser – womöglich nicht für alle Lebensbereiche gilt. Darum ist die Reaktion für mich nicht überraschend. Forschung kann zwar Evidenz liefern, aber wie diese aufgenommen wird, hängt immer auch von bestehenden Interessen, Ideologien und politischen Rahmenbedingungen ab – insbesondere wenn neue Ergebnisse etablierte Überzeugungen infrage stellen.

Ist das denn wirklich so? Dass Kinder besser lernen, ist doch längst erwiesen.

Natürlich lernt ein Kind einfacher Schlittschuhlaufen als eine Grossmutter. Und auch bei den Sprachen ist klar: Das Lernen fällt leichter, wenn sich das Gehirn noch in Entwicklung befindet, wenn man also jung ist. Diese neurokognitiven Gründe werden ja immer genannt, wenn das Frühsprachenkonzept verteidigt wird.

Aber?

Man muss differenzieren. Die wirklich interessante Frage ist, in welchem Alter wir beginnen sollten, eine Fremdsprache zu lernen. Unsere Forschung konnte aufzeigen: Wer erst in der Oberstufe mit Englisch beginnt, kann den Rückstand schnell aufholen. In diesem Alter hat man bereits Lernstrategien entwickelt, kann auf ein besser entwickeltes Arbeitsgedächtnis und auf Schreib- und Lesefähigkeiten zählen. Und, ganz wichtig: Auch die Erstsprache ist auf einer vernünftigen Basis. Allenfalls kommt sogar noch extrinsische zur intrinsischen Motivation dazu. All diese Faktoren begünstigen ein besseres Lernen und spielen im schulischen Kontext eine grössere Rolle als das Alter zu Lernbeginn.

Und wer früh beginnt, ist überfordert?

Zumindest besteht die Gefahr. Der frühe Fremdsprachenunterricht wird in Europa auf wenige Unterrichtsstunden pro Woche beschränkt. Unter diesen Bedingungen haben Frühlernde im Vergleich zu Spätlernden nicht automatisch bessere Voraussetzungen, ein fortgeschrittenes Zweitsprachniveau zu erreichen – weder hinsichtlich der Lerngeschwindigkeit noch des am Ende der obligatorischen Schulzeit erreichten Kompetenzniveaus.

Welchen Startzeitpunkt für Fremdsprachen schlagen Sie denn vor?

Einen späteren. Für Französisch und Englisch. Aber nicht denselben. [...]



Gescheitertes Frühfranzösisch

NZZ, 12. Oktober 2026, Meinung & Debatte, Leserbrief

Das Gegenteil von gut gemacht ist gut gemeint. Dieser Kalauer trifft sicher auf den Frühfranzösischunterricht zu, wie das NZZ-Interview mit Simone Pfenninger, Professorin für Sprachwissenschaft, zeigt («Es dominiert die Ideologie», NZZ 7. 10. 26). Konnte man bei dessen Einführung noch mit patriotischen Überlegungen argumentieren, so müsste man heute nach bereits langjähriger Erfahrung doch vor allem das Resultat dieser Massnahme in die Waagschale werfen: Die erworbenen Französischkenntnisse nach der Primarstufe sind fast gleich null, und der Ruf dieser schönen Sprache bei den Schülern ist unter null, viele hassen sie.

Schlimm bei der ganzen Diskussion ist die Heuchelei. Die Superpatrioten, die den kleinen Schülern zwei und mehr Fremdsprachen zumuten, wagen es nicht, von den zukünftigen Lehrpersonen das Gleiche zu verlangen, weshalb es in der Deutschschweiz immer noch zu wenig Unterrichtende gibt, welche für Französischunterricht qualifiziert sind. Noch eine Stufe höher auf der Bildungsleiter ist es dann ganz aus mit dem Sprachpatriotismus. Treffen sich auf Hochschulebene Deutschschweizer, welsche und Tessiner Wissenschaftler an Kongressen oder in Arbeitsgruppen, dann sprechen sie selbstverständlich Englisch miteinander.

Schweizer Geschichte wird den Primarschülern kaum mehr gelehrt, und ihr Lehrstuhl an der Universität Zürich ist abgeschafft. Aber aus patriotischen Gründen sollen die Kleinen weiterhin den Kopf für eine meist kontraproduktive Konfrontation mit einer zweiten oder dritten Fremdsprache hinhalten. Vielleicht verstehen sie dann am Schluss der sechsten Klasse immerhin den Satz: «La Suisse n'existe pas.» Nichts gegen das Lernen der Landessprachen, aber das geht später manchmal besser, wenn Reife und Motivation dazu vorhanden sind, und man kann es sogar erst dann noch nachholen, wenn man in den Bundesrat gewählt wird.

Matthias Federer, Zürich

Deutsch zuerst

Als langjährige Unterstufenlehrperson kenne ich die Realität im Schulzimmer. Am Ende der zweiten Primarklasse ist die Sprachkompetenz vieler Kinder noch rudimentär. Lesen, Textverständnis, Wortschatz und Satzbau sind nicht gefestigt. Das braucht Zeit, Systematik, Übung und Beharrlichkeit. Und ausgerechnet in dieser fragilen Phase soll Frühfranzösisch eingeführt werden («Die Kantone rebellieren gegen einen Französischzwang an den Primarschulen», NZZ 6. 10. 26)? Pädagogisch grotesk. Wer baut schon einen Balkon an ein Haus, dessen Wände noch feucht sind? Auch das Hohelied vom nationalen Zusammenhalt überzeugt wenig. Kein Drittklässler hält die Eidgenossenschaft zusammen, weil er «bonjour» und «au revoir» sagen kann. Das mag in Bern staatstragend klingen. Im Schulzimmer ist es reine Illusionspolitik.

Pisa zeigt: Ein Viertel der 15-Jährigen erreicht beim Lesen die Mindestkompetenzen nicht. Die Priorität müsste glasklar sein: zuerst sicher lesen, verstehen und schreiben. Unterrichtszeit ist endlich. Also muss zuerst sitzen, was trägt.



Französisch gehört zur Schweiz. Selbstverständlich. Aber daraus einen Zwang zum Frühfranzösisch abzuleiten, ist bildungspolitischer Starrsinn. Kostbare Unterrichtszeit wird verzettelt, während es bei den Grundkompetenzen an allen Ecken fehlt. Frühfranzösisch wird durch bundesrätliche Hartnäckigkeit nicht besser. Dass sich die Kantone wehren, ist kein Föderalismustrotz, sondern pädagogische Vernunft. Zuerst müssen unsere Kinder sicher lesen, verstehen und schreiben können. Danach dürfen sie gerne Französisch lernen. Alles zu seiner Zeit, Frau Bundesrätin. Auch die beste Crème brûlée serviert man schliesslich nicht vor der Suppe.

Cäcilia Gmür, Einsiedeln

«Das Rezept für die Zukunft mit KI? Entschlackt die Schulen!»

NZZ am Sonntag, 4. Oktober 2026, Debatte, Leserbrief

NZZ am Sonntag vom 27. September

René Donzé fordert mehr Raum für Kreativität und fürs Träumen. Zu Recht. Doch Kreativität braucht Wissen, an dem sich Gedanken reiben können. Gerade wegen der KI brauchen Kinder ein solides Fundament.

Der Lehrplan 21 zerlegt Bildung in ein Dickicht von Kompetenzen und Lernzielen. Zu vieles wird abgehakt und verwaltet, zu wenig wirklich gekonnt. Die Schule braucht weniger Lernziele und mehr Zeit für Lesen, Schreiben, Rechnen, Üben und Festigen. Die KI kann Antworten liefern. Denken darüber, ob sie etwas taugen, müssen wir noch selbst.

Cäcilia Gmür, Einsiedeln (SZ)

«Selektieren», «Aussortieren» – wenn Sprache Bildungspolitik macht

NZZ am Sonntag, 4. Oktober 2026, Debatte, der externe Standpunkt von Carl Bossard

Sprache spiegelt die Realität nicht nur, Sprache rahmt sie. In einer Debatte führen Begriffe zu Wertungen, bevor die Argumente ausgetauscht sind. Auch in der Bildungsdebatte, schreibt Carl Bossard

Es beginnt mit einem Wort. Und manchmal steckt darin schon ein Urteil. «Schweiz sortiert Schulkinder so früh aus wie kaum ein Land», titelte der «Tages-Anzeiger» Mitte Juli. Auf der nächsten Seite war von «Selektieren» und «Aussortieren» die Rede. Mich hat diese Wortwahl irritiert. Nicht,



weil ich eine Form der Leistungsdifferenzierung verteidigen möchte. Sondern weil hier ein Begriff den Sachverhalt bereits beurteilt, bevor die Argumente ausgetauscht sind.

Aussortiert werden Ausschusswaren, verdorbene Lebensmittel oder Dinge, die man nicht mehr braucht. Bei Kindern erzeugt das Wort ein anderes Bild: Einige werden ausgewählt, andere ausgeschieden. Schülerinnen und Schüler werden unterschiedlichen Bildungswegen und Leistungsniveaus zugeteilt. Ob diese Gliederung zu früh erfolgt, soziale Ungleichheiten verstärkt und wie durchlässig die Wege sind – darüber lässt sich streiten. Aber die Debatte sollte mit einer präzisen Beschreibung beginnen – nicht mit einem Bild, das den Sachverhalt bereits wertet.

Genau hier zeigt sich die Macht der Sprache. Wörter sind oft nicht neutrale Etiketten, die wir der Wirklichkeit ankleben. Sie lenken den Blick auf bestimmte Seiten eines Sachverhalts und lassen andere zurücktreten. Wer von «Aussortieren» spricht, ruft Vorstellungen von Ausschuss und Entsorgen auf. Die Metapher beschreibt nicht bloss einen Vorgang. Sie gibt ihm bereits einen Sinn.

Die Forschung zum Framing zeigt, dass solche sprachlichen Rahmungen die politische und gesellschaftliche Wahrnehmung beeinflussen können. Dabei lassen sich ein Deutungsrahmen und ein Wertungsrahmen unterscheiden. Ein Deutungsrahmen lenkt den Blick auf einen bestimmten Gesichtspunkt und macht ihn besonders sichtbar. Ein Wertungsrahmen geht weiter. Er legt nahe, wie wir das Gesehene beurteilen sollen. In «Aussortieren» zeigt sich beides zugleich. Das kann bewusst geschehen, oft geschieht es beiläufig. Gerade dann ist es für eine demokratische Öffentlichkeit bedeutsam, weil solche Rahmungen unbemerkt wirken. Denn wer die Begriffe setzt, setzt auch einen Teil der Debatte.

Auch der Begriff «Selektion» trägt historische Konnotationen. In der Bildungsforschung ist er ein etablierter Fachbegriff. Im Zusammenhang mit Auschwitz erinnert er zugleich an jene Auswahlen, die über das Schicksal der Deportierten entschieden. Das Auschwitz-Birkenau-Museum bezeichnet sie ausdrücklich als «selection». Das macht den heutigen Gebrauch nicht unzulässig. Aber es zeigt, dass Wörter Bedeutungen und Erinnerungen mitführen können, die über ihre Absicht hinausreichen.

Es geht nicht um eine Gleichsetzung schulischer Differenzierung mit nationalsozialistischer Vernichtungspolitik. Entscheidend ist vielmehr: wahrzunehmen, was ein Wort auslösen kann. Wer öffentlich schreibt, sollte nicht nur fragen, ob ein Begriff sachlich zutrifft, sondern auch, welche Bilder, Wertungen und Erinnerungen er aufruft.

Das Problem reicht über die Bildungsdebatte hinaus. Politische Diskussionen sind voller Wörter, die mehr tun als benennen. Menschen werden «abgehängt», «privilegiert» oder «ausgegrenzt»; andere «entlastet», «aktiviert» oder «integriert». Solche Begriffe können berechtigt sein, tragen aber Perspektiven in sich. Ein «Steuerprivileg» klingt anders als eine «Steuervergünstigung», ein «Abbau» anders als eine «Reform».

Das bedeutet nicht, dass Sprache steril oder vollkommen wertungsfrei sein müsste. Das wäre eine Illusion. Jeder Autor schreibt aus einer Perspektive. Gerade deshalb braucht der öffentliche Diskurs begriffliche Redlichkeit. Wo eine Wertung gemeint ist, sollte sie als solche erkennbar sein – und nicht unbemerkt in einem scheinbar beschreibenden Wort stecken. Vielleicht liegt darin eine einfache journalistische Tugend: zuerst benennen, dann beurteilen.



Ein Sachverhalt sollte so beschrieben werden, dass auch jemand, der zu einem anderen Urteil kommt, die Beschreibung als fair anerkennen kann. Erst danach beginnt der eigentliche Streit. Dann kann man darüber diskutieren, ob frühe Leistungsdifferenzierung sinnvoll ist, ob sie Talente fördert oder Chancen verbaut, ob sie zu früh kommt oder ob unterschiedliche Bildungswege ein Ausdruck von Gerechtigkeit sind.

Das verlangt keine farblose Sprache. Im Gegenteil: Präzise Sprache kann die lebendigere Sprache sein, weil sie dem Leser nicht vorschreibt, was er denken soll. Sie eröffnet ihm den Raum, selbst zu urteilen.

Sprachliche Sorgfalt ist deshalb keine Nebensache. Sie ist eine Form des Respekts: gegenüber der Wirklichkeit, den Betroffenen und den Leserinnen und Lesern, denen man ein eigenes Urteil zutraut. Denn manchmal fällt das Urteil schon mit dem Wort.

Carl Bossard, 76, ist Gründungsrektor der Pädagogischen Hochschule Zug. Zuvor war er Rektor der Kantonalen Mittelschule Nidwalden und Direktor der Kantonsschule Luzern. Als Lehrbeauftragter war er an der PH Heidelberg tätig. Während seines beruflichen Wirkens blieb er stets auch Lehrer.

Veranstaltungshinweise

Frühförderung? Was der Kindergarten leisten soll!

Freitag, 6. November 2026, 19.00 Uhr, Starke Volksschule Zürich

Nicht vergessen: Veranstaltung vom 6. November

Einladung zu einem Vortrag mit Diskussion

Freitag, 6. November 2026, 19.00 Uhr

Pfarreizentrum Liebfrauen, Weinbergstr. 36, 8006 Zürich

Referentin: Claudia Meier, Kindergärtnerin und Mutter

[Mehr...](#)



Frühförderung? Was der Kindergarten leisten soll !

Einladung zu einem Vortrag mit Diskussion
Freitag, 6. November 2026, 19.00 Uhr
Pfarreizentrum Liebfrauen, Weinbergstr. 36, 8006 Zürich

Referentin: Claudia Meier, Kindergärtnerin im Kanton Luzern

Frühförderung wird heute in Politik und Medien hochgespielt. In einzelnen Kantonen gibt es Bestrebungen, Deutsch-Tests für Dreijährige und Ähnliches einzuführen.

Eine gute Gelegenheit, sich auf Wesentliches zu besinnen.

Claudia Meier berichtet aus dem Kindergarten und davon, dass dort die emotionale Beheimatung jedes Kindes erfolgen und dazu solide Grundlagen für die weitere Schullaufbahn gelegt werden sollten.



Claudia Meier:

- praktizierende Kindergärtnerin
- vierfache Mutter
- Mitinitiantin des erfolgreichen Referendums gegen Harnos im Kanton Luzern



Einsam oder gemeinsam? Anspruch und Wirklichkeit des selbstorganisierten Lernens

Mittwoch, 11. November 2026, 18:30 – 20:30,
Vortragsreihe Pädiatrie, Schule & Gesellschaft

Stellenwert von Schulproblemen im Praxisalltag der Kinderärzte

Mittwoch, 11. November 2026, 18:30 – 20:30 Uhr

Ostschweizer Fachhochschule

Rosenbergstrasse 59

(beim Bahnhof)

9000 St. Gallen: grosser Plenarsaal, Parterre

Referentin

Dr. sc. ETH Esther Ziegler (Primarlehrerin und
Neuropsychologin, LernConsulting)

Einführung

Prof. Dr. med. Jürg Barben

[Mehr...](#)



VORTRAGSREIHE
PÄDIATRIE, SCHULE & GESELLSCHAFT

Einsam oder gemeinsam?
Anspruch und Wirklichkeit des selbst-
organisierten Lernens

MITTWOCH, 11. NOVEMBER 2026, 18:30–20:30

